

Kassenärzte sind bald „Mangelware“

Teils werden Kassenstellen bis zu 57 Mal ausgeschrieben. Erfolglos. Die Gesundheitskasse will nachbessern. Die Ärztekammer sieht wenig Chancen, dass sich die Kassenarztstellen zur Gänze füllen.

Von Anita Heubacher

Innsbruck – Seit 1990 hat sich die Zahl der Ärzte in Tirol auf 1470 nicht ganz verdoppelt. Das Verhältnis zwischen Wahl- und Kassenärzten hat sich allerdings massiv umgedreht. 1990 waren es 481 Kassenärzte und 300 Wahlärzte, heute stehen 564 Kassenärzten 906 Wahlärzten gegenüber.

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse, ÖGK, verweist man gerne darauf, dass 97 Prozent der Kassenarztstellen besetzt sind. Bei den Allgemeinmedizinern ist das so. Von den 514 Hausärzten sind 60 Prozent Kassenärzte, zwölf Stellen sind offen. Mehr Kassen- als Wahlärzte gibt es bei den Kinderärzten, ansonsten übersteigt die Zahl der Wahlärzte jene der Kassenärzte (siehe Grafik).

In diesen Tagen haben Ärztekammer und ÖGK wieder einmal übers Geld verhandelt. „Wir haben vor Jahren einen Entwurf für einen Leistungskatalog an die ÖGK übermittelt, seitdem liegt er dort in einer Schublade“, sagt Tirols Ärztekammer-Präsident Stefan Kastner. Noch immer sei unklar, welche Leistungen die Kasse künftig zahlen wolle und welche nicht. Zumindest habe man sich auf Länderebene geeinigt. Die Fusion der Gebietskrankenkassen dürfte das

Aufstellung ÖGK-Vertragsärzte – Wahlärzte

Stand 18. 1. 2023	ÖGK-Vertragsärzte	Wahlärzte
Allgemeinmedizin	308 (60%)	206 (40%)
Augenheilkunde und Optometrie	21 (38%)	35 (62%)
Allgemeinchirurgie	9 (17%)	45 (83%)
Haut- und Geschlechtskrankheiten	19 (34%)	37 (66%)
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	27 (25%)	82 (75%)
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	24 (69%)	11 (31%)
Innere Medizin	35 (27%)	95 (73%)
Kinder- und Jugendheilkunde	22 (61%)	14 (39%)
Neurologie und Psychiatrie	13 (33%)	27 (67%)
Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin	15 (23%)	51 (77%)

Verhandeln nicht leichter gemacht haben. Ziel der ÖGK ist es, dass Ärzte bundesweit gleich viel für ihre Leistungen und die Patienten gleich viel rückerstattet bekommen. Das spielt es drei Jahre nach der Fusion noch immer nicht.

Kastner glaubt nicht daran, dass die Kassenstellen sich so

schnell nachbesetzen lassen. „Die niedrigen Kassentarife lohnen sich nicht mehr.“ Die Patienten würden sich vom Arzt mehr Zeit wünschen, dieser bekäme allerdings nur ein Fünftel der ärztlichen Gespräche bezahlt.

Die ÖGK wird auf der anderen Seite nicht müde zu

betonen, dass Kassenärzte in Österreich „überdurchschnittlich verdienen“. Auf ihrer Homepage verweist die ÖGK auf die Ärztekostenstatistik. Diese weist den durchschnittlichen Umsatz pro Vertragsarztstelle in der Allgemeinmedizin mit 327.000 Euro und im Facharztbereich mit

449.000 Euro für das Jahr 2019 aus. Dennoch wolle man in Tirol nachbessern, sagt Werner Salzburger, Landesvorsitzender der ÖGK Tirol. „Unser Ziel ist es, alle Kassenstellen zu besetzen.“ Selbst wenn deren Gesamtzahl nicht erhöht wird, hat die ÖGK da einiges zu tun. Bei den Allgemeinme-

dizinern fehlen quer durch ganz Tirol zwölf Vertragsärzte, bei den Augenheilkundlern sechs, bei den Kinderheilkundlern im Bezirk Kitzbühel zwei. Arg schaut es auch bei den Vertragsärzten für Psychiatrie aus. Im Bezirk Landeck wurde die Stelle acht Mal ausgeschrieben, ohne Erfolg. Ohne Psychiater als Vertragsarzt steht auch Kitzbühel da.

Als eine mögliche Lösung des Ärztemangels sehen die Politik und auch die ÖGK die Errichtung von Primärversorgungseinheiten, PVE. Diese Ärztezentren sollen jetzt zwei, davor waren es drei, Ärzte zusammen leiten, eine Krankenpflege anstellen und interdisziplinär zusammenarbeiten. 70 PVE hätten es in Österreich werden sollen. Diese Zahl wurde zwar nie erreicht, Gesundheitsminister Johannes Rauch will sie dennoch verdoppeln. In Tirol steht man nach jahrelangem Verhandeln bei null PVE. Ärztekammer-Präsident Kastner sieht „das Bummer!“ nicht bei der Kammer. Die Rahmenbedingungen seien „zu unattraktiv“. Die Nachfrage nach PVE sei unter den Berufskollegen endlos wachsend.

Anders Salzburger, er spricht von 40 Bewerbern und rechnet damit, „dass die ersten PVE noch im Sommer in Tirol starten werden“. Attraktiv seien die allemal.



(V.l.) Regina Norz, Alfred Riedl, Moderator und TT-Chefredakteur Alois Vahmer, Andreas Schatzer und Franz Rasp diskutierten über Angriffspunkte und Grenzen für Gemeinden in der Klimafrage. Meteorologe Marcus Wadsak (r.) klärte über Treibhausgasereffekte, Erderwärmung und Folgen auf. Fotos: Hrdina



Stubaital will Zusammenhalt weiter stärken

Schönberg – Als Symbol verteilte man gestern Päckchen mit Kressesamen. Wie ein junges Pflänzchen soll nämlich auch das soziale Miteinander im Stubaital in den nächsten Jahren einen Wachstumsschub erfahren.

Gestern wurde in der Region ein Pilotprojekt vorgestellt, das den prägnanten Namen „ZAMM.Wachsen“ trägt und von der Caritas, dem Planungsverband und der fh Gesundheit gestartet wurde. „Wir erleben eine gesellschaftliche Wende“, erklärte Caritas-Direktorin Elisabeth Rathgeb den Hintergrund. Viele seien noch in Großfamilien aufgewachsen, heute sind vielfach Patchworkfamilien und Alleinerziehende an deren Stelle getreten. „Alte Netzwerke lösen sich auf“ – mit Folgen. Junge Familien hätten keine Kontaktpersonen, die etwa bei der Kinderbetreuung helfen, Ältere vereinsamen. „Wir wollen neue Netzwerke knüpfen, die auch tragfähig sind.“ Das lässt man sich auch etwas kosten, und zwar 180.000 Euro, die vom Fonds Gesundes Österreich, dem Ministerium, dem Planungsverband und der Caritas bereitgestellt werden.

Wissenschaftlich begleitet wird der Prozess von Ursula Costa, Professorin an der fh

gesundheit. Sie hat Gruppengespräche geführt und Probleme, Visionen und Lösungen der Menschen, die in den Gemeinden leben, zusammengetragen. Die Wünsche und Anregungen sind vielfältig.

Genauso die Projekte, die daraus entstehen: So werden unter anderem Erzählcafés veranstaltet und eine digitale Landkarte mit Hilfsangeboten zusammengetragen. „Wir wollen die Menschen wieder zusammenbringen“, betont der Miederer Bürgermeister und Planungsverbandsobmann Daniel Stern. Und wenn es nur die Vermittlung von Nachbarschaftshilfe beim Rasenmähen ist. Nicht zuletzt hat das einen Gesundheitsaspekt, indem es die Lebensqualität stärkt und Einsamkeit verhindert. (mr)



Ein starkes Team soll die Region wachsen lassen. Foto: Reichle

Klimawende nah am Bürger

Kommunalforum Alpenraum widmete sich der Rolle der Gemeinden im Klimakampf.

Kundl – Corona, Teuerung und Krieg sind temporäre Herausforderungen, doch die Klimakrise wird uns langfristig fordern. Welche Rolle die Gemeinden bei der Klima- und Energiewende einnehmen können, stand im Fokus des Kommunalforums Alpenraum. Nach pandemiebedingten Jahren der Pause folgten am Mittwochabend an die 60 Interessierte der Einladung von Lindner Traktoren und seinen Kooperationspartnern ins Innovationszentrum Kundl, darunter Kommunalvertreter aus Tirol, Südtirol und Bayern.

Mit seinen Ausführungen zu Treibhauseffekt, menschengemachter Erderwärmung und deren Konsequenzen skizzierte Meteorologe Marcus Wadsak, Leiter der ORF-

Wetterredaktion, dramatische Zukunftsszenarien. Unbewohnbare Länder, globale Ernährungsunsicherheit, Naturkatastrophen. Bis 2050 könnte es in Österreich jährlich 6000 Hitzetage geben. „Wir haben keine Zeit mehr und müssen alles, was wir können, sofort nutzen“, zeigte er Chancen, dies zu ändern, für Kommunen im Bereich Energie und Verkehr auf. Die Pariser Klimaziele (Begrenzung auf 1,5 Grad Erwärmung gegenüber vorindustriellem Zeitalter) könnten theoretisch noch erreicht werden. Derzeit gehöre Österreich beim Klimaschutz aber zu den fünf Schlusslichtern Europas.

LH Anton Mattle trat in seiner Begrüßungsrede dem Argument entgegen, Österreich könne mit seinen 0,2% Anteil an den weltweiten Treibhaus-

gasemissionen nichts bewirken: „Wenn wir nicht im Kleinen anfangen, wird definitiv im Großen nichts gelingen.“ Die Energiewende (Autonomie, Dekarbonisierung) bis 2050 halte er für machbar.

Helmuth Müller (Vorstand Innsbrucker Kommunalbetriebe) gab moderate Ausblicke. Der Strompreis werde sich stabilisieren, das Vor-Krisen-Niveau sei aber passé. „Investitionen in Wind- und Wasserkraft sind mit Preisen von 10 Cent pro Kilowattstunde nicht umsetzbar.“

Behördenverfahren für neue Anlagen zur Energiegewinnung müssten schneller und einfacher abgewickelt werden, forderte Alfred Riedl (Präsident Österr. Gemeindebund) im Rahmen der Diskussionsrunde. Franz Rasp

(BM Berchtesgaden, Bayer. Gemeindetag) ermutigte seine Amtskollegen, „Dinge, die weh tun“, auszusprechen: Das Einfamilienhaus mit Garten sei klimatechnisch nicht mehr vertretbar. Statt auf Verbote sollte man aber auf Sensibilisierung für das Thema setzen.

Das Umdenken in den Gemeinden sieht auch Andreas Schatzer (BM Vahrn, Präs. Südtiroler Gemeindenverband) als größte Aufgabe. Werkzeuge wie Raumordnungsprogramme seien wertvoll. Einen günstigen kommunalen E-Bike-Verleih nannte er als Vorbildprojekt. Regina Norz (stv. Obfrau Forum Land) plädierte dafür, Energie nicht gegen die Ressource Boden auszuspielen. „Jeder Quadratmeter fruchtbarer Boden ist zu schützen.“ (jazz)